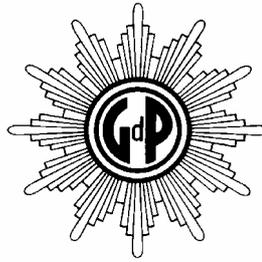


Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 24. Juni 2005

GdP: Polizei erwartet Zunahme von Raubüberfällen auf Handy-Besitzer

Berlin. Eine erhebliche Zunahme an Raub und Diebstahl von Mobiltelefonen befürchtet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in den nächsten Jahren. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Das Telefonieren auf der Straße wird immer gefährlicher. Die Zahl geraubter und gestohlener Handys hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. Mobiltelefone werden hierzulande für Straftäter immer attraktiver, weil auch teurer.“ Insbesondere die neue Generation von Multifunktionsgeräten, mit denen Haustüren geöffnet, Online-Banking-Geschäfte getätigt und Rechnungen bezahlt werden können, gerate in das Visier der Kriminellen.

Dabei könne, so die GdP, nicht nur wie jetzt schon die SIM-Karte, sondern auch das Gerät selbst bei Diebstahl durch den Netzbetreiber unbrauchbar und damit als wenig lohnend für einen Raub gemacht werden. Als „unverständlich“ bezeichnet es die Gewerkschaft der Polizei, dass die Netzbetreiber - mit Ausnahme von Vodafone - sich bisher scheuten, die erforderlichen Investitionen zu tätigen, um die erwartete Kriminalitätsentwicklung auszubremesen.

GdP-Chef Freiberg: „Das Sperren der SIM-Karte schützt nur davor, dass der Besitzer vor Gesprächen zu seinen Lasten geschützt ist. Der Dieb kann das Gerät aber weiter benutzen, indem er eine andere SIM-Karte einlegt.“ Wie massiv technische Sicherheit die Kriminalitätslage beeinflussen könne, hätten, so die GdP, verbesserte Sichertheiteinrichtungen an Pkw gezeigt: Seit Beginn der Ausstattung von Fahrzeugen mit elektronischen Wegfahrsperren sei der Autodiebstahl um über zwei Drittel zurückgegangen. Freiberg: „Während bei einem Autodiebstahl überwiegend nur materieller Schaden entsteht und einen frustrierten, aber körperlich unversehrten Autobesitzer hinterlässt, sind Handy-Besitzer durch Raubüberfälle an Leib und Leben gefährdet.“

Die Gewerkschaft der Polizei appelliert an die Netzbetreiber, der zu erwartenden Kriminalitätsentwicklung zu begegnen und das bereits im benachbarten Ausland erprobte neue Sperrsystem einzurichten, mit dem die Geräte über eine zentrale Datenbank dauerhaft unbrauchbar gemacht werden können.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190